

12.04.2008 - Einschüchterung und Redeverbote in der CDU?

12.04.2008, WELT

Parteien

Einschüchterung und Redeverbote in der CDU?

Der Vorwurf der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU trifft Angela Merkel direkt, und er wiegt schwer: Die Parteivorsitzende und ihr Generalsekretär wollten Kritiker aus den eigenen Reihen massiv einschüchtern, ja sogar "mundtot" machen.

Was herrschen da für Zustände in dieser christlichen Partei?

Es muss, sollte man meinen, schon einiges vorgefallen sein, wenn ein führender Christdemokrat öffentlich über das Klima in seiner Partei und die Methoden des Umgangs miteinander klagt.

Josef Schlarmann, Chef der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, wollte aus seinem Herzen nicht länger eine Mördergrube machen und hat dasselbe nun ausgeschüttet.

Wiederholt hätten die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und ihr Generalsekretär Ronald Pofalla versucht, ihn und andere interne Kritiker „mundtot“ zu machen“, sagte er.

Es habe „massive“ Versuche gegeben, ihn einzuschüchtern. „Es gab sehr unfreundliche Anrufe“, gestand Schlarmann jetzt dem „Spiegel“.

Seine Worte werfen einen dunklen Schatten auf die bisher so hell strahlende Popularität der Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel.

Ist es tatsächlich möglich, dass die populäre Regierungschefin, die auf internationalem Parkett gerade durch ihr diplomatisches Geschick viel Lob und Anerkennung erfährt, als Parteivorsitzende so rüde Führungsmethoden einsetzt? Weiß sie sich nicht anders als mit „massivem“ Druck auf Kritiker, Andersdenkende und Abweichler durchzusetzen?

Schlarmann gehört jener immer kleiner werden Gruppe innerhalb der Union um Friedrich Merz an, die an früheren Reformbeschlüssen festhalten wollen.

Merkels Regierungshandeln höhle diese Grundsätze aber Stück für Stück weiter aus, klagt Schlarmann. Auf diese Weise gefährde die CDU-Vorsitzende die Mehrheitsfähigkeit der Union bei der Bundestagswahl 2009.

Die Erhöhung der Renten empfindet er ebenso als Fehler wie die von der CDU durchgesetzte verlängerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes I.

„Für Reforminhalte interessiert sich Angela Merkel kaum noch. Das Unionswahlprogramm 2005 liegt auf dem Müll“, klagt der Wirtschaftspolitiker. Stattdessen rücke die CDU immer weiter nach links.

So viel Kritik sollte eine Parteivorsitzende und Kanzlerin vertragen.

Und sie sollte sie einordnen können. Schlarmann ist zwar Vertreter des Mittelstandes und damit einer wichtigen Wählerklientel für die Union.

Die Masse der Unionsanhänger hingegen, von denen die Hälfte inzwischen über 60 Jahre alt ist, tickt anders als der Wirtschaftsflügel.

Sie wollen, dass die Rente sicher und der Sozialstaat für sie da ist.

Insofern wird die von Merkel befürwortete Rentenerhöhung dort auf ebenso breite Zustimmung stoßen wie die verlängerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes I.

Wenn Merkels Politik jedoch von der Mehrheit der Partei und ihrer Anhänger gestützt wird, muss es andere Gründe für die von Schlarmann beklagten Drohanrufe geben.

Vielleicht wollen Pofalla und seine Mitstreiter den Eindruck verhindern, die CDU sei zerstritten.

Dieser Eindruck würde aber nur dann entstehen, wenn es mehr kritische Stimmen als nur die von Schlarmann gäbe.

Die gibt es aber nicht.

Und seit Edmund Stoiber politisch nach Brüssel immigrieren musste, droht nicht einmal aus Bayern ernst zu nehmende Gefahr.

Auch von starken Männerbanden gegen die Kanzlerin kann seit dem Wahldebakel des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch keine Rede mehr sein.

Was also könnte also die CDU-Spitze dann dazu treiben, einen Querulanten in der Partei „mundtot“ machen zu wollen?

Je mehr man versucht, die Motivation für das angebliche Verhalten der CDU-Spitze herauszubekommen, desto rätselhafter wird es.

Nach der Parteispendenaffäre und heftigen Kämpfen der vergangenen Jahre für und wider eine neoliberale Grundhaltung wünschten sich Angela Merkel und ihre CDU-Anhänger endlich Ruhe in den eigenen Reihen.

Inzwischen, so scheint es, schläft die Partei selig und süß. Mit der Regierungsbeteiligung ist für die meisten wohl das höchste politische Ziel erreicht.

Selbst die gelegentlichen Auseinandersetzungen mit der SPD-Fraktion um Biosprit oder die Antidiskriminierungsrichtlinie scheinen die Christdemokraten nicht wirklich zu berühren.

Merkel selbst genießt diesen Zustand offenbar so sehr, dass sie seit geraumer Zeit nicht einmal Vorstand oder Parteipräsidium mit schwierigen politischen Fragen belastet.

Die entscheidet sie lieber selbst im Kreise der Vertrauten im Kanzleramt, heißt es.

In einem solchen Zustand lässt sich freilich ungestört regieren und dem politischen Gegner Geschlossenheit demonstrieren.

So entsteht aber vielleicht auch jene gefühlte Unangreifbarkeit, die auf Kritik, auf Einwände und Widerspruch maßlos reagiert. Und womöglich überspitzte Vorwürfe der Gemaßregelten hervorruft.